



Universität Potsdam

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Professur für Internationale Organisationen
und Politikfeldforschung

Die Möglichkeit rationaler Theorie

Anmerkungen zu den Vorschlägen von Otto Keck

Hausarbeit zum Seminar
»Theories of International Institutions and
International Governance«
im Sommersemester 1999
bei **Prof. Dr. Otto Keck**

eingereicht von:

Andreas Ludwig

(8. Semester VWL sozialwissenschaftliche Richtung; Matrikelnummer 31307;
Adresse: Park Babelsberg 14/1, 14482 Potsdam; Telefon/Fax: 0331-712434;
eMail: aludwig@rz.uni-potsdam.de)

Inhalt

0. Einleitung.....	1
1. Green/Shapiro: »Pathologies of Rational Choice Theory«.....	2
1.1. Die Hauptaussagen des Buches.....	2
1.2. Zur Relevanz für die zu diskutierende Arbeit von Keck.....	4
2. Keck: »Die Möglichkeit rationaler Politik«.....	7
2.1. Immunisierung des theoretischen Ansatzes gegen Kritik.....	7
2.1.1. <i>Tautologisierung</i>	7
2.1.2. <i>'Post-Hoc-Rationalisierung' und willkürliche Beschränkung des Geltungsbereichs</i>	8
2.1.3. <i>Selektive Suche nach bestätigender Evidenz statt kritischer Überprüfung</i>	10
2.2. Vorschläge zur Weiterentwicklung der rational choice theory	10
2.2.1. <i>Moralisches Verhalten</i>	11
2.2.2. <i>Kognition</i>	13
2.2.3. <i>Unvollständige Präferenzordnungen</i>	15
3. Die traditionelle Perspektive: Begriffsanalyse.....	16
3.1. Politik.....	16
3.2. Präferenz und Werturteil.....	17
3.3. Die Rolle der Rationalität.....	18
3.3.1. <i>Drei Ebenen für Rationalität</i>	19
3.3.2. <i>Die Möglichkeit rationaler Politik</i>	21
3.3.3. <i>Probleme bei fehlender begrifflicher Unterscheidung</i>	22
4. Die Möglichkeit rationaler Theorie: Zusammenfassung.....	25
Literaturverzeichnis.....	26

0. Einleitung

Die *rational choice theory* gewinnt in den Sozialwissenschaften immer mehr an Bedeutung. Ihre Akzeptanz ist schon längst nicht mehr auf die Wirtschaftswissenschaften beschränkt; sie findet vielmehr in nahezu allen Bereichen der Politikwissenschaft Anwendung und hat seit geraumer Zeit auch im Methodenpluralismus der Soziologie ihren Platz.

Während bei der Diskussion menschlichen Verhaltens im Rahmen des *rational choice approach* von einer – allerdings sehr verschieden konkretisierten – Rationalität ausgegangen wird, ist die wissenschaftstheoretische, forschungssoziologische und -politische Diskussion um den Ansatz bisher alles andere als rational im Sinne einer vernünftigen, sachlichen Auseinandersetzung.

Auf die Ursachen für diese Situation zielt die Frage nach der »Möglichkeit rationaler Theorie«, mit der die vorliegende Arbeit überschrieben ist.

In Anlehnung an Green/Shapiro (1994) werden im ersten Kapitel des Aufsatzes einige wichtige Probleme der Theorie rationaler Wahlhandlungen dargestellt. Ihr Buch "Pathologies of Rational Choice Theory. A Critique of Applications in Political Science" ist zunächst in seinen Grundaussagen zu referieren.

Im zweiten Kapitel wird untersucht, inwiefern die Kritik, die Green und Shapiro an empirischen Arbeiten zum *rational choice approach* geübt haben, auch auf den theoretischen Beitrag von Keck, »Die Möglichkeit rationaler Politik«, zutrifft.

Im Mittelpunkt des dritten Kapitels steht die Klärung der von Keck verwendeten Begriffe, ihre Untersuchung auf logische Konsistenz und theoretische Praktikabilität. Methodisch versucht dieser Teil der Kritik also, den Beitrag zur »Möglichkeit rationaler Politik«, der einen modernen Ansatz der Politikwissenschaft verwendet, mit klassischen Mitteln der Politischen Theorie zu analysieren.

Im letzten Kapitel werden zusammenfassend Schlüsse aus den verschiedenen Kritikpunkten gezogen und daraus Vorschläge für die Weiterentwicklung der *rational choice theory* abgeleitet.

1. Green/Shapiro: »Pathologies of Rational Choice Theory«

1.1. Die Hauptaussagen des Buches

Green und Shapiro stellen in ihrem Buch *empirische* Arbeiten verschiedener von der *rational choice theory* inspirierter Autoren auf die Probe und untersuchen sie auf – wie sie es nennen – 'pathologische' Fehler. Es geht ihnen also um eine Kritik der *Anwendung des rational choice approach* in der Politikwissenschaft.

Die zentrale Frage, die sie bei ihrer Untersuchung leitete, war: »What has been learned about politics?« (Green/Shapiro 1994: x) Ihre Antwort ist eindeutig: »We focused our attention, therefore, on the empirical rational choice literature and gradually came to the view that exceedingly little has been learned.« (x)

Die beiden Autoren vermissen vor allem wirklich *neue* Erkenntnisse, die Probleme beschreiben und erklären, die nicht bereits mit Hilfe anderer Theorien analysiert werden können. Statt dessen haben sie eine ganze Reihe von fragwürdigen Vorgehensweisen in den *rational-choice*-Arbeiten aufgedeckt, von denen hier die wichtigsten genannt werden sollen:

1. *post hoc theory development* (Ignoranz bzw. lediglich ad-hoc-Einbindung alternativer Erklärungsansätze) – dadurch oft Immunisierung gegen Kritik – unter Verlust der Falsifizierbarkeit und damit auch der empirischen Relevanz; zudem meist nur Beschreibung bekannter Fakten mit neuen Worten oder gar nur 'Erklärung' von '*stylised facts*',
2. *slippery and vaguely operationalised predictions* (Viele nicht beobachtbare erklärende Variablen wie Geschmack, Glauben und bestimmte, die Rationalität 'rettende' Denkprozesse und ungenaue Trendaussagen), die eine empirische Überprüfung erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen,
3. *searching for confirming evidence and projecting evidence from the theory* (Verzerrte Datenselektion, zu wenig betrachtete Fälle, um von statistischer Relevanz zu sein; Reinterpretation von Paradoxa) – Ergebnis sei eine bestätigende Illustration und kein echter Test der Theorie und schließlich
4. *arbitrary domain restriction* (Einschränkung der Anwendbarkeit der Theorie ist willkürlich und selbst nicht empirisch zu überprüfen), widerspräche zudem dem Universalitätsanspruch der *rational choice theory*.

All diese Fehler seien keineswegs nur Kinderkrankheiten einer noch jungen wissenschaftlichen Teildisziplin, so die Einschätzung von Green und Schapiro, sondern fundamentale und sich wiederholende Fehler, die eine recht eigentümliche Forschungspraxis deutlich werden ließe: »Rational choice theorizing is too much driven by controversies of its practitioners' own making and too little by the political phenomena that social scientists have traditionally sought to understand.« (x) Für die untersuchten empirischen Arbeiten gelte: »In short, empirical research becomes theory driven rather than problem driven, designed more to save or vindica-

te some variant of rational choice theory rather than to account for any specific set of political phenomena.« (6)

Statt neue Probleme auf innovative Weise zu lösen, werde versucht, das *rational choice model* auf möglichst viele – schon bekannte – Fälle anzuwenden. Der Entwicklungsprozeß der Forschungsrichtung verlief damit, anders formuliert 'anormal' – statt verschiedene Theorien auf ihre Erklärungskraft hinsichtlich genau umgrenzter Phänomene zu testen, wird vielmehr ein zur Theorie passender Untersuchungsgegenstand gesucht. Forscher hätten einen Anreiz, Unstimmigkeiten von Theorie und empirischen Ergebnissen auf Kosten letzterer zu retuschieren, wenn wissenschaftlicher Erfolg nicht in der Lösung eines gegebenen Problems, sondern in der erfolgreichen Anwendung des – aus vielerlei Gründen, vor allem wohl wegen seiner 'Eleganz' – hochgeschätzten *rational choice approach* auf längs bekannte Tatbestände bestünde.

Mit ihrer Kritik wollen Green und Schapiro dabei keineswegs den *rational choice approach* insgesamt in Frage stellen, noch wird von ihnen bezweifelt, daß auch die Sozialwissenschaften im Sinne einer 'exakten', methodisch den Naturwissenschaften ähnlichen Disziplin betrieben werden können. Sie wollen im Gegenteil gerade auf die Fehler hinweisen, die möglicherweise verhindern, daß die *rational choice theory* ihrem eigenen Anspruch entspricht und – dem großen 'Vorbild' Naturwissenschaft gleich – immer umfangreichere, systematische und vor allem empirisch bewährte Erkenntnisse über einen wachsenden Teil menschlichen Verhaltens gewinnen kann. Sie mahnen an, daß eine Wissenschaft, wenn sie nach gesicherten Erkenntnissen sucht, auch den Grundregeln empirischer Forschung zu entsprechen hat.

Vor allem geht es ihnen darum, die aus den verschiedenen Modellen gewonnenen Aussagen für dritte überprüfbar zu machen. Dazu müssen sie erstens falsifizierbar sein – also überhaupt empirische Aussagekraft besitzen. Zweitens sind unbedingt die Randbedingungen anzugeben, unter denen die Theorie gilt – und getestet werden kann. Beide Forderungen sehen die Autoren in zahlreichen Fällen verletzt.

Was sind die Schlüsse, die Green und Schapiro für die *rational choice theory* ziehen – zunächst für die empirischen Arbeiten?

Sie empfehlen, sich weniger auf die Entwicklung der Theorie um ihrer selbst willen und die Suche nach passenden Anwendungsgebieten zu konzentrieren, als vielmehr offene Probleme zu analysieren – auch, aber eben nicht ausschließlich mit Hilfe des *rational choice approach*. Dazu sei es allerdings nötig, den bisher vertretenen Universalismus-Anspruch aufzugeben und der Versuchung zur bloßen

Suche nach Anwendungsfällen oder gar zur 'Theorierettung' mittels wissenschaftlich fragwürdiger Methoden zu widerstehen.

1.2. Zur Relevanz für die zu diskutierende Arbeit von Keck

Die hier kurz skizzierte Kritik an den empirischen *rational-choice*-Arbeiten ließe sich nun anhand neuerer Beispiele überprüfen.¹ Dies kann im Rahmen dieser Arbeit aber nicht geschehen. Hier soll in anderer Weise an die Kritik von Green und Schapiro angeknüpft werden – die Ausführungen zu den '*Pathologies of Rational Choice Theory*' lassen ja offensichtlich eine wichtige Frage unbeantwortet:

Liegen die Gründe für die zahlreichen Schwierigkeiten empirischer Arbeiten lediglich in der falschen – z. B. zu einseitigen und parteiischen – *Anwendung* des *rational choice approach* oder birgt der theoretische Ansatz eventuell *selbst* grundlegende Probleme, die Fehler der oben genannten Art wahrscheinlich werden lassen. Diese Frage ist naheliegend, zieht man die Fülle der kritisierten Arbeiten und die einheitliche Tendenz zu starker Theoriebefangenheit und zur Verteidigung des Denkansatzes um jeden Preis in Betracht.

Green und Schapiro begnügen sich mit wissenschaftssoziologischen Andeutungen, die weiterzuverfolgen und zu systematisieren sicher auch lohnend wäre.

Die Fragestellung der vorliegenden Arbeit zielt in die gleiche Richtung, sucht aber nach *theorieinhärenten* Gründen für die von Green und Schapiro aufgezeigten Probleme. Die entscheidende Frage dabei ist, ob alle *rational choice approaches* bestimmte Eigenschaften teilen, die Fehler wie Tautologisierung oder post-hoc-Interpretationen von Forschungsergebnissen wahrscheinlicher machen – sie also in einem Maße erleichtern, daß der unter dem *publish-or-perish*-Verdikt stehende und auf Grund seiner hohen Investitionen in seine wissenschaftliche Spezialisierung in der *rational choice theory* 'gefangene' Forscher der in seiner Teildisziplin eventuell übergroßen Versuchung nicht zu widerstehen vermag.

Einen idealen Ausgangspunkt für dieses Vorhaben bildet die Arbeit von Keck zur »Möglichkeit rationaler Politik« (1998), der ähnlich wie Green und Schapiro einen Versuch unternimmt, den *rational choice approach* aus einer Meta-Perspektive zu analysieren, allerdings – und das macht die Arbeit für den hier verfolgten Zweck besonders interessant – aus vorwiegend theoretischer Sicht. Keck steht auch eher in affirmativer Beziehung zur *rational choice theory*, seine Kritik an

¹ Interessante wären hier zum Beispiel die empirischen Arbeiten zur Theorie internationaler Regime und Organisationen – vor allem auf den Gebieten der Sicherheits-, Handels- und Umweltpolitik. Anstöße und einen ersten Überblick über die derzeitige Richtung der Forschung geben beispielsweise Martin/Simmons (1998), Sprinz (1999), Bernauer (1995), Hösli (1999) oder Ostrom (1990).

den verschiedenen Ansätzen ist systemintern und rührt nicht an den 'Grundfesten' der Forschungsrichtung.

Worin aber bestehen diese 'Grundfesten', welche fundamentalen Eigenschaften – vor allem hier müssen *systematische* Fehlerquellen gesucht werden – teilen die verschiedenen Erklärungsmodelle?

Green und Schapiro nennen als Haupteigenschaften aller *rational choice approaches* methodologischen Individualismus, Maximierung eines – allerdings in verschiedenster Weise operationalisierten – (erwarteten) Nutzens, Konsistenz individueller Präferenzen, Homogenität der Verhaltensweise über alle untersuchten Personen hinweg, Intentionen als Ursachen des Handelns, und daraus folgend das Forschungsziel, menschliches Verhalten als Ergebnis instrumenteller Rationalität (formal) prognostizierbar zu machen.

Die größten Unterschiede bestehen nach ihrer Ansicht derzeit in den unterschiedlichen Annahmen über die Präferenzen der Akteure (verschiedene *konkrete* Verhaltensannahmen oder lediglich Abstrakta wie Konsistenz und Nutzen*maximierung*), die Menge der zur Verfügung stehenden entscheidungsrelevanten Informationen (vollständige Informationen versus Risiko bzw. Unsicherheit), den Erklärungsmodus (Rationalität als Intention der Akteure oder lediglich als Konsequenz ihrer Interaktion), sowie den Geltungsbereich (universale Gesetze versus universell gültige, aber nicht erschöpfende Erklärung versus Begrenzung des Erklärungsanspruchs auf bestimmte Untersuchungsgegenstände).

Keck reduziert die grundlegenden gemeinsamen Eigenschaften der *rational choice theory* noch weiter – auf einen einzigen gemeinsamen Nenner, dessen empirischer Gehalt von der formalen Theorie noch nicht »vorentschieden, sondern offengelassen« (215) werde: »Die verschiedenen Ansätze innerhalb dieser Forschungsrichtung haben gemeinsam, daß sie den Menschen als zielorientiert handelndes Wesen verstehen, das zwischen verschiedenen Handlungsoptionen entscheidet entsprechend impliziter oder expliziter Werturteile (Präferenzen) über die durch seine Handlungen herstellbaren Weltzustände.« (215)

Einige der möglichen Rationalitätsannahmen, die den empirisch prüfbareren Teil ausmachen und dem *rational choice approach* erst seinen realwissenschaftlichen Erklärungswert verleihen, werden von Keck in seinem Aufsatz expliziert.

Neben einem systematischen Überblick will Keck aber auch Anstöße zu einer »Weiterentwicklung von Ansätzen innerhalb der Forschungsrichtung« (215) liefern. Auch aus dieser Perspektive soll sein Beitrag einer kritischen Würdigung

und einem Vergleich mit den von Green und Shapiro gemachten Vorwürfen unterzogen werden.

Im nächsten Kapitel wird demzufolge zu prüfen sein, inwieweit sich die verschiedenen »*Pathologies of Rational Choice Theorie*« in Kecks Gedanken über »Die Möglichkeit rationaler Politik« widerspiegeln.

2. Keck: »Die Möglichkeit rationaler Politik«

Eine kritische Würdigung der Arbeit von Keck (1999) steht – wie oben bereits erwähnt – vor dem Problem, inwiefern sich die Ergebnisse einer Analyse empirischer Arbeiten überhaupt auf einen weitgehend (meta-)theoretischen Beitrag anwenden lassen. Einige sehr grundlegende Kritikpunkte lassen sich gleichwohl auch hier überprüfen und an einigen Stellen exemplarisch testen.²

Die verschiedenen Symptome »pathologischer Theorieverteidigung«, nach denen im folgenden Ausschau gehalten werden soll, sind zunächst die aus der Argumentation von Green und Shapiro bekannten Verwürfe der Immunisierung eines Erklärungsansatzes durch Tautologisierung und post-hoc-Rationalisierung, sowie der selektiven Suche nach ausschließlich bestätigender Evidenz statt kritischer Prüfung; anschließend die Art und Weise, in der Keck eine Weiterentwicklung der *rational choice theory* um verschiedene Aspekte – unter anderem ihre Erweiterung um Fragen von Moral und Kognition – versucht, was schließlich im nächsten Kapitel einige Bemerkungen zur Bildung und Verwendung der Begriffe in seiner Arbeit notwendig macht.

Inwiefern treffen nun die genannten Kritikpunkte auf Kecks Überlegungen zu?

2.1. Immunisierung des theoretischen Ansatzes gegen Kritik

2.1.1. Tautologisierung

Der Tautologievorwurf ist eine der gängigsten Kritiken am *rational choice approach*, so gängig, daß Keck explizit darauf eingeht, um den Ansatz vor diesem 'Mißverständnis' in Schutz zu nehmen. Daß es sich bei der von ihm eingeführten Unterscheidung zwischen einem (mathematisch) formalen und einem (hier politologisch) realwissenschaftlichen Zweig der *rational choice theory* um einen ersten Versuch der Immunisierung des Forschungsansatzes gegen Kritik handelt, kann wohl nicht behauptet werden, wird doch von Keck versucht, die Diskussion damit ein Stück weit zu differenzieren und aufzuklären.

Allerdings hält er sein eigenes – auf den ersten Seiten (215f) so konsequent begründetes – Vorhaben in der weiteren Argumentation nicht durch. Im Detail zeigt es sich explizit, z.B. im Vergleich »formal-theoretischer« Erwartungen mit empirischen Ergebnissen.³ Bedeutender wird dieses Problem, wie noch zu sehen sein wird, bei Kecks Vorschlägen zur Erweiterung der *rational choice theory*.

2 Alle Anmerkungen von Green und Shapiro, die sich ausschließlich auf die Technik empirischer Forschung beziehen, bleiben hier außen vor.

3 So heißt es auf Seite 227: »Spieleexperimente zeigen in aller Regel eine höhere Kooperationsrate als von der mathematischen Spieltheorie vorausgesagt«. Ausgehend von den Bemerkungen auf Seite 215f drängt sich die Frage auf, wie eine formale Theorie Voraussagen für reale Situationen treffen kann. (Siehe auch Fußnote 7).

Aufbauend auf der von ihm eingeführten Unterscheidung weiß Keck nun darauf hin, daß der Tautologievorwurf zumindest bei einer rein formalen Theorie nicht greift.⁴ Dies ist zweifellos richtig, für eine Realwissenschaft bedeutet die Erkenntnis, sie sei im Grunde nichts als eine verklausulierte Tautologie, allerdings ein schwerwiegendes Problem, zumindest wenn sie den Anspruch hat, zu erklären statt nur zu beschreiben, also Prognosen zu treffen oder gar Empfehlungen zu geben – gerade für die Politikwissenschaft ein entscheidendes Kriterium.

Der ernstzunehmende Vorwurf in dieser Richtung bezieht sich auch nicht auf die Verwendung formaler Entscheidungslogik,⁵ sondern auf Versuche, *reale* Erklärungsmodelle zu tautologisieren und ihre Wahrheit rein logisch zu 'beweisen', denn diese 'Wahrheit' wird durch empirische Wertlosigkeit erkaufte.

Die Diskussion um den tautologischen Kern der *rational choice theory* wird im Zusammenhang mit möglichen Ursachen in Kapitel 3 noch einmal aufgegriffen werden. Die Argumentation von Keck kann dieses 'Mißverständnis' nicht überzeugend entkräften; zumal er selbst die von ihm eingeführten Unterscheidung in Formal- und Realtheorie nicht konsequent beachtet.

2.1.2. 'Post-Hoc-Rationalisierung' und willkürliche Beschränkung des Geltungsbereichs

Zwei oft im Zusammenhang mit Tautologie diskutierte Methoden, einen Erklärungsansatz der *rational choice theory* trotz widersprechender empirischer Evidenz nicht ablehnen zu müssen, sind die nachträgliche Beschränkung seines Geltungsbereichs und die 'Post-Hoc-Rationalisierung' der empirischen Ergebnisse durch die nachträgliche Einbeziehung anderer Erklärungsansätze.⁶

Auch Keck kann diesen Versuchungen nicht widerstehen – am deutlichsten festzustellen auf Seite 226, wo es nach dem mit Post-Hoc-Erklärungen geschmückten Hinweis auf von den theoretischen Voraussagen abweichende experimentelle Ergebnisse heißt: »Meines Erachtens sagen Experimente mit dem einmal gespielten

4 Die in Fußnote 11 auf Seite 220 aufgestellte Behauptung, bei jeder Definition handele es sich um eine Tautologie, was jeder auf (schon allein begrifflichen) Definitionen beruhenden Theorie ein tautologisches Element gäbe, ist allerdings falsch. Tautologien sind Aussagen, die aus rein logischen Gründen zwingend (d.h. unter allen Umständen) wahr sind. Ihre Falsifizierung ist nicht möglich, da sie letztlich auf die Form $A \equiv A$ reduziert werden können. Definitionen hingegen zeichnen sich gerade durch die logische Form $A := B$ aus, also die Bezeichnung eines (meist komplexen) Terms B durch einen Ausdruck (einen 'Namen') A . Auch wenn Definitionen ebenfalls keine Hypothesen formulieren, keine Erklärungskraft besitzen und deshalb nicht falsifiziert werden können, so sind sie doch auch nicht aus logischen Gründen wahr. Über ihren Wahrheitswert kann vielmehr keine Aussage getroffen werden.

5 Das wäre in etwa so sinnvoll, wie der Physik die Verwendung mathematischer Methoden als Tautologie anzukreiden.

6 Diese Strategien stehen insofern im Zusammenhang mit dem Tautologievorwurf, als sich auch hier die Frage stellt, ob die *rational choice theory* bestimmte 'Flexibilitäten' aufweist, die sie für solche 'Rettungen' bzw. Diskreditierungen prädestiniert. Eine Post-Hoc-Rationalisierung ist ja nur möglich, wenn die theoretische Prognose einen mehr oder weniger weiten Interpretationsspielraum offen läßt oder von nicht kontrollierbaren Einflußgrößen abhängt.

Gefangenendilemma im Grunde mehr aus über die normativen Orientierungen der sozialen und beruflichen Kontexte, aus denen die Versuchsteilnehmer kommen, als über die empirische Aussagefähigkeit der mathematischen⁷ Spieltheorie.«

Aus kritischer Perspektive ist darauf zu erwidern, daß es deshalb gerade diese Kontexte sind, die einer der Erforschung und Erklärung bedürfen, um eine brauchbare, d.h. vor allem prognosefähige Theorie zu erhalten. Zumindest aber muß der mit einem *rational choice model* arbeitende Theoretiker genaue Angaben über die Randbedingungen machen, unter denen seine Erklärungen gelten sollen und empirisch testbar sind – eine der Forderungen von Green und Shapiro ist hier verletzt.

Aus der Sicht guter, (selbst-)kritischer Forschungspraxis sollte dem Wissenschaftler nicht darum gehen, die *rational choice theory* zu 'retten'. Vielmehr sind einerseits die Bedingungen ihrer Anwendbarkeit zu klären – gerade für die beratende Politikwissenschaft von entscheidender Bedeutung. Diese Aufgabe kann nicht formal deduktiv sondern nur empirisch bewältigt werden. Andererseits müssen die Erklärungsansätze und Prognosen überprüfbar sein, um anderen Forschern ihre Weiterentwicklung oder gegebenenfalls Falsifikation zu erlauben.⁸

Green und Shapiro sehen noch eine weitere Möglichkeit zu parteiischer empirischer Forschungsarbeit, die hier wenigstens angerissen werden soll.

7 Das Wort 'mathematisch' weist hier noch einmal auf das in 2.1. besprochene Problem hin: Entweder es handelt sich um eine mathematisch formale – oder in der Kantschen Terminologie »reine« – Theorie (Kant 1787/1902/10: 28), dann kann damit überhaupt keine empirische Voraussage getroffen werden, die sich experimentell überprüfen ließe. Oder es ist eine Realtheorie – dann ist sie einfach schlecht, wenn sie die erwähnten Kontexte, die offensichtlich entscheidungsrelevant sind, nicht zu integrieren weiß. Die von Keck eingeführte Unterscheidung der beiden Theoriearten wird wieder nicht konsequent durchgehalten und macht an dieser Stelle den Eindruck einer bloßen Schutzbehauptung die lediglich der oben kritisierten Immunisierung dient.

8 Die Verbesserung der Gesamtperformance durch Konkurrenz dürfte eigentlich gerade für Wissenschaftler, die den *rational choice approach* vertreten und so etwas wie Forscherideale oder die unbedingte und selbstlose Suche nach der 'Wahrheit' für zumindest schwer in die Theorie zu integrierende, außergewöhnliche Sonderfälle menschlichen Verhaltens halten, kein gänzlich abwegiger Gedanke sein. Dazu bedarf es allerdings eines freien Gedankenaustauschs ohne unnötige Zutrittsbeschränkungen in Form einer Verkomplizierung und Immunisierung der zu kritisierenden theoretischen Ansätze.

Die »Tendenz zum mathematischen Barock« (bei Keck (222) zitiert nach Kern/Nida-Rümelin 1994) ist ein Symptom für dieses grundsätzliche Problem: Die Ausdifferenzierung des formalen Apparates der *rational choice theory* hilft wohl unzähligen Promoventen, Habilitanten und Professoren, die von ihnen geforderte Quantität an Publikationen zu bewältigen, aber nur wenig, um Ansatzpunkte für eine kritische Weiterentwicklung zu finden oder gar die Brauchbarkeit des Forschungszweigs für empirische Arbeiten und die praktische Politik zu erhöhen.

2.1.3. *Selektive Suche nach bestätigender Evidenz statt kritischer Überprüfung*

Der Vorwurf, bei der empirischen Forschung lediglich nach Bestätigungen für die aufgestellten Theoreme zu suchen – sich also genau in die Gegenrichtung der z.B. von Popper geforderten Suche nach Falsifikation zu bewegen – kann an der *theoretischen* Arbeit von Keck kaum geprüft werden, allerdings lassen sich zumindest zwei Vermutungen aufstellen:

Einerseits geht es der *rational choice theory*, wie Keck sie sieht – so ist wenigstens den angeführten Beispielen zu entnehmen – keineswegs um eine bloße Neubeschreibung schon vorhandener Erkenntnisse, sondern vor allem um einen Beitrag zum Verständnis und zur Lösung drängender Probleme vor allem in den internationalen Beziehungen, wie dem globalen Umweltschutz oder der Abrüstungskontrolle (223ff, 237 und Fußnote 29).⁹

Andererseits dienen die von Keck angeführten Beispiele lediglich zur Illustration der von ihm vorgestellten Denkmodelle, statt deren empirischer Überprüfung und der Klärung ihrer Anwendungsbedingungen. Nun soll das Vorhandensein lediglich anekdotischer Evidenz einem rein theoretisch orientierten Beitrag nicht vorgeworfen werden. Was sich der Leser eines Überblicksartikels allerdings versprechen kann, ist eine kritische Würdigung der empirischen Bewährung der einzelnen Modelle im Vergleich zu den gängigsten Alternativen und einen Verweis auf einschlägige empirische Arbeiten zu den jeweiligen Themenkomplexen.

Kecks spärliche Hinweise in dieser Richtung mögen der gebotenen Kürze seines Beitrags in Rahmen eines Sammelbandes geschuldet sein und sollten sicher nicht als fehlende kritische Reflexion des *rational choice approach* mißverstanden werden. Allerdings bleibt der Eindruck bestehen, daß sich der einführende Überblick über die *rational choice theory* zwar an einen Neuling richtet, die Kritikpunkte aber weitgehend theorieintern sind und sich dem allgemeinen Zugang entziehen.

2.2. *Vorschläge zur Weiterentwicklung der rational choice theory*

Genaueren Aufschluß über die Position des Autors geben seine Vorschläge zur Weiterentwicklung der *rational choice theory* - vor allem geht es Keck um die Integration von moralischem Verhalten und Fragen der Kognition.

Daß sowohl kognitive Prozesse als auch Moralvorstellungen unsere Entscheidungen beeinflussen und die für uns in Frage kommenden Handlungsalternativen unter Umständen in einer solchen Weise beschränken, daß eine – von der *rational*

⁹ In allen Fällen handelt es sich allerdings um Politikfelder, die Politikbegriff entsprechen, den Keck an den Anfang seiner Arbeit stellt – siehe Kapitel 3.1.

choice theory vorausgesagte – optimale Wahl hinsichtlich unseres (kurzfristigen¹⁰) 'Nutzens' nicht getroffen wird, kann jeder aus eigener Anschauung bestätigen, wenn auch – zumindest im Falle der kognitiven Beschränkungen – meist erst im nachhinein. Auch Keck teilt diese Erkenntnis – eine Integration dieser Einflußgrößen in ein Erklärungsmodell menschlichen Verhaltens erscheint naheliegend.

Diese 'Integration' könnte natürlich auch in der Explizierung der ohnehin schon in der Theorie enthaltenen Erklärungen bestehen – im Einklang mit der Behauptung, die *rational choice theory* in ihrer traditionellen Form sei ein universales Modell menschlichen Verhaltens, auf das alle Phänomene zurückzuführen seien.¹¹ Daß Keck wirklich alternative Gedankengänge anspricht, zeigt seine kritische Haltung gegenüber dogmatischem Puritanismus. Die Art und Weise, *wie* er diese Aufgabe angeht, zeigt aber andererseits auch seine vollständig systeminterne Position:

In beiden Fällen scheint es dem Autor nicht in erster Linie darum zu gehen, Erkenntnisse anderer Human- und Sozialwissenschaften zu einem bestimmten Problembereich für das *rational choice model* nutzbar zu machen, sondern um die Modellierung und 'richtige' Definition des zu erklärenden *Problems*, um die *rational choice theory* darauf anwenden zu können – genau das Phänomen 'Theorie sucht Anwendung', daß Green und Shapiro als '*theory-driven*' bezeichnen. Bei näherer Betrachtung wird schnell klar, daß diese schematische Ausdehnung der Theorie, ohne sie anzupassen, nur scheinbar elegant ist. Den Erklärungswert des *rational choice approach* kann sie nicht steigern.

Zunächst zum alten Streitfall zwischen Moral und Nutzenkalkül:

2.2.1. *Moralisches Verhalten*

Keck diskutiert verschiedene Vorschläge für eine 'geeigneten Definition' von Moral¹² – nur um schließlich festzustellen, daß es keine »allgemeinen überzeugende Moraltheorie« (245) gäbe. Somit bleibt zunächst erst einmal unklar, *was* genau in der *rational choice theory* integriert werden soll – die Frage 'Was ist eigentlich Moral?'¹³ bleibt offen. Keck führt lediglich einzelne, dem *common sense* entspre-

¹⁰ Die Frage der Fristigkeit, d.h. des relevanten Zeithorizonts, ist eines der Probleme des Rationalitätskonzeptes, auf das Keck nicht explizit eingeht, obwohl er gelegentlich von kurzsichtigem und weitsichtigem Egoismus spricht. Wo genau die Grenze zwischen beiden verläuft, und – was noch wichtiger ist – welcher der entscheidende Zeithorizont ist, bleibt bei Keck offen.

¹¹ Einer der möglichen Gründe, wieso diese Behauptung von einigen Vertretern der *rational choice theory* so standhaft verteidigt wird, wird im Kapitel 3.3 bei der Kritik von Definition und Verwendung des Begriffs 'Rationalität' noch deutlich werden.

¹² Die Diskussion der Plausibilität von Definitionen erscheint freilich etwas befremdlich (Siehe Fußnote 4). Streng genommen handelt es sich bei den diskutierten Vorschlägen auch nicht um Definitionen, sondern um konkrete Annahmen zur Erklärung des Phänomens 'Moral'.

¹³ Die unzureichende begriffliche Fassung der zu klärenden Fragestellung ist ein schwerwiegendes Problem, auf das in Kapitel 3 noch einmal eingegangen wird. Hier soll natürlich keineswegs im Rahmen des Aufsatzes von Keck eine konsistente und empirisch bewährte Moraltheorie gefordert werden. Aber wiederum wäre ein

chende Merkmale auf, die eine Systematik und einheitliche Logik vermissen lassen.

Nun zur Frage des *wie* der Integration. Denkbar sind zunächst zwei Varianten: Einerseits der Versuch, moralisches Verhalten mit Hilfe des *rational choice approach* zu erklären, quasi seine verborgene Rationalität aufzudecken; andererseits Moral als zusätzliche erklärende Variable zu begreifen, die eventuell in irgendeiner Weise die Theorie verändert und zu anderen, vorzugsweise natürlich besseren Prognosen führt.¹⁴ Keck neigt eher zum zweiten Weg, hat aber keineswegs eine Veränderung des Kerns der Erklärungsmodells der *rational choice theory* im Sinn.

Er versucht die Integration der Moral vielmehr an der einzigen Schnittstelle der Theorie zu konkreten, empirisch relevanten Annahmen hinsichtlich des handelnden Subjekts, den Präferenzen, von denen er einige nun moralisch bestimmt sieht. Die weitere Erklärung menschlichen Verhaltens erfolgt wie gewohnt, eine Änderung des Modells – etwa eine explizite Modellierung, ob und *wie* moralische Imperative eventuell den Ablauf von Entscheidungsmechanismen beeinflussen – ist auf diese Weise genauso wenig notwendig wie explizite Angaben darüber, welchen Inhalt diese moralischen Präferenzen im einzelnen haben.

Da von der *rational choice theory* nie Angaben darüber gemacht werden, wie die Präferenzen, von denen im Modell ausgegangen wird, entstehen, können sie eben genausogut auch moralisch sein. Keck hat somit kein Integrationsproblem und kann ohne zu zögern erklären: »Lassen sich solche moralisch motivierten Präferenzen innerhalb des Rational-Choice-Ansatzes widerspruchlos konzeptualisieren? Die Antwort ist ja!« (239)

Das Kapitel 3.1 seines Aufsatzes dreht sich also um eine Frage, deren Lösung im Rahmen des vorgestellten Ansatzes darin besteht, sie so umzuformulieren, daß sie schließlich kein Problem mehr aufwirft. Der Nachteil dieser 'Lösung' besteht darin, daß Moral in diesem Falle aus Sicht des konventionellen *rational choice approach* keine charakteristischen Eigenschaften mehr aufweist¹⁵ – sie bleibt wie alle anderen Bestimmungsgründe der individuellen Präferenzen unerforscht.

Hinweis auf die einschlägige Literatur zu diesem Thema wünschenswert gewesen.

14 Natürlich ist auch beides möglich und vielleicht dem historischen Entwicklungsprozeß am nächsten – Moral als erklärende Variable und erklärungsrelevante Einflußgröße. Allerdings dürften sie sich ergebenden Zirkularitäten eine formale Bearbeitung des Problems beträchtlich erschweren.

15 Das hier auftretende begriffliche Problem läßt sich noch schärfer formulieren: Verschwindet durch eine solche 'Integration' von Moral über die individuellen Präferenzen eventuell der Begriff der Moral insgesamt als heuristische Unterscheidung? Die Spannung zwischen moralischen Forderungen und eigennützigem Handlungsorientierung ist per Definition nicht mehr beschreibbar, weil eine a priori in die individuellen Präferenzen integrierte Moral den gleichen individuellen Präferenzen schlechterdings nicht widersprechen kann, wenn sie – wie es Keck fordert – konsistent sein sollen. Außerdem wird nicht modelliert, wie moralische Standards ihren Eingang in die individuellen Präferenzen finden.

Kecks Forderung, in Moral etwas anderes zu sehen, als (weitsichtigen) Eigennutz, bleibt somit ebenso unbegründet wie leicht erfüllbar weil folgenlos für die Theorie; zumindest so lange seiner allumfassenden Forderung nach Konsistenz auch im Falle moralischer Präferenzen Genüge getan wird – wobei wiederum nicht klar ist, ob sich diese Forderung nun an den Modellbauer oder an sein Untersuchungsobjekt richtet.¹⁶

2.2.2. Kognition

In ganz ähnlicher Weise wie moralisches Verhalten versucht Keck auch Fragen der Kognition im Rahmen der *rational choice theory* zu erfassen. Wieder sind es die Präferenzen die als Integrationsschnittstelle dienen sollen. Ihre Beeinflussung durch verschiedene kognitive und kommunikative Prozesse wird diskutiert, wobei auch Erkenntnisse anderer Zweige der Human- und Sozialwissenschaften Aufnahme finden. Das Modell selbst bleibt wiederum unverändert.

Daß die sehr unterschiedlichen Phänomene individueller Kognition und intersubjektiver Kommunikation – in diesem Zusammenhang verweist Keck vor allem auf die Diskurstheorie – hier in einem Zug behandelt werden können, ist jedoch ein erstes Warnsignal dafür, daß dieser Weg der Assimilation der beiden Themenbereiche in den *rational choice approach* zwar mühelos gangbar sein mag, sich aber letztendlich als Sackgasse herausstellt, da es wiederum nicht gelingt, in seinem Verlauf die Spezifika der zu integrierenden Erkenntnisse zu bewahren:

Die zahlreichen Hinweise auf kommunikative und kognitive Mechanismen werden lediglich genannt und nur für die Frage asymmetrisch verteilter Informationen läßt sich im Detail vorstellen, wie eine Bearbeitung der Problematik innerhalb *rational choice theory* aussehen kann. Auf den übrigen Gebieten wird vielmehr eine der hauptsächlichen Schwächen der Theorie rationaler Wahlhandlungen deutlich:

Wenn kommunikative und kognitive Prozesse lediglich Einfluß auf die *Voraussetzungen* der Theorie haben, stellt sich die Frage, wieviel das eigentliche Modell über die Beschreibung der Parameter hinaus noch zusätzlich erklärt; ob beispielsweise die prognostizierbare *Wahlhandlung* tatsächlich gegenüber der Willensbildung durch individuelle Beobachtung und Kommunikation in den verschiedenen gesellschaftlichen Subsystemen den entscheidenden Teil des politischen Prozesses ausmacht, oder ob die hauptsächliche Forschungsarbeit nicht in der Beschreibung der Ausgangs- und Randbedingungen für die Entscheidung liegt – und vielleicht gänzlich ohne *rational choice theory* betrieben werden kann.

¹⁶ In welcher Weise Forderungen nach Rationalität an die Untersuchungsobjekte – hier die Teilnehmer am politischen Prozeß – gerichtet werden können, wird in Kapitel 3.3.2 diskutiert.

Keck argumentiert überzeugend, daß der *rational choice approach* nicht im Widerspruch zu Erkenntnissen über Kognition und Kommunikation stehen muß; von einer Integration in den Ansatz zu sprechen, erscheint allerdings übertrieben. Da sich Kommunikationsverläufe in dieser Art nicht mit der Theorie rationaler Wahlhandlungen beschreiben und prognostizieren lassen, besitzen die gewonnenen Prognosen in dieser blinden Koexistenz zudem nur Gültigkeit bis zur nächsten für den analysierten Sachverhalt relevanten Erkenntnis oder Kommunikation – in einer Wissens- und Kommunikationsgesellschaft in der Regel eine eher kurze Zeit.¹⁷

Doch selbst diese bescheidene Harmonie wird durch die Forderung des Autor nach 'kognitiver Konsistenz' gestört. Auch an dieser Stelle kommt nicht zum Ausdruck, ob es sich bei dieser Forderung um eine empirische Annahme, einen Idealtypus oder einen normativen Anspruch an die Akteure handelt. Der Grund für diese Forderungen findet sich explizit erst am Schluß des Beitrags, wo in der Zusammenfassung festgestellt wird, daß die Konsistenzforderungen an Kognition – wie auch Moral – lediglich ihre Kompatibilität mit der zuvor definierten praktischen Rationalität konsistenter Präferenzen sicherstellen sollen:

»Wird diese Konzeption praktischer Rationalität konsequent durchgeführt, dann *impliziert sie* kognitive Rationalität [...], da Präferenzen abhängig sind von kognitiven Annahmen und Widersprüche zwischen kognitiven Annahmen zur Inkonsistenz von Präferenzen führen können. Ferner *impliziert dieser Ansatz*, daß die Anforderungen der Konsistenz auch für Präferenzen gilt, die von moralischen Normen geprägt sind.« (248, *Hervorhebungen* d. d. A.)

Restriktionen dieser Art sind für ein formales Modell angebracht, um es widerspruchlos aufbauen zu können. Wird allerdings versucht, die aus der Formaltheorie gewonnen Erkenntnisse in realwissenschaftliche Prognosen umzusetzen, kann es passieren, daß nur Aussagen über eine leere Menge von empirischen Fällen getroffen werden.¹⁸ Ansätze, die von divergierenden Annahmen¹⁹ ausgehen, können in dieser Weise nicht mit der *rational choice theory* vereinbart werden, und so ist es kein Wunder, daß ihr eine wirkliche Integration der empirischen Erkenntnisse benachbarter Wissenschaften schwer fällt.

¹⁷ In der Statik der meisten Modelle liegt auch der Grund für die vielfach ahistorische Betrachtungsweisen in Politik- und Wirtschaftswissenschaft, die allerdings nicht zu einer Beschränkung der Prognosen auf die unmittelbare Gegenwart, sondern im Gegenteil zu einer Inflation von Trends und 'Megatrends' durch die Projektion kurzfristiger Entwicklungen in die Zukunft geführt hat.

¹⁸ An dieser Stelle wird noch einmal die Bedeutung des in Kapitel 2.1.1 diskutierten Problems deutlich: Keck unterscheidet Formal- und Realtheorie, weitet dann axiomatisch den formalen Apparat seiner Theorie aus und versucht dadurch, ihren Erklärungswert als Realtheorie zu steigern und sogar Erkenntnisse von Nachbardisziplinen zu integrieren, was dann nur in einer sehr beschränkten Weise gelingen kann.

¹⁹ Über nicht zu beobachtende Größen, wie z.B. Präferenzen oder kognitive Prozesse können natürlich divergierende Annahmen getroffen werden, die verschiedenen Ansätze können so aber nicht integriert werden. Vielmehr konkurrieren sie dann unabhängig voneinander um den höchsten Erklärungswert.

Bevor im nächsten Kapitel der Frage nachgegangen wird, warum sich diese Theorierichtung so gegen die eventuell für die Aufnahme neuer Erkenntnisse nötige Anpassung ihrer zentralen Erklärungsmuster sperrt, wozu eine eigentümliche Mischung aus flexibel zu verwendenden Plausibilisierungen und scheinbar strengen grundsätzlichen Annahmen beiträgt, muß noch kurz auf den Versuch Kecks eingegangen werden, eine dieser Hauptforderungen abzuschwächen:

2.2.3. Unvollständige Präferenzordnungen

Auf Seite 232 macht Keck den Vorschlag, die Anforderungen der Vollständigkeit der Präferenzen abzuschwächen und nur noch die *relevanten* Alternativen zu betrachten und Konsistenz zwischen ihnen zu fordern.²⁰ Das Argument erscheint aus Sicht der beschränkten kognitiven Kapazitäten der Entscheidungsträger sinnvoll, ist allerdings nur dann stichhaltig, wenn sich ein Mechanismus angeben läßt, welche Alternativen in einer genau definierten Entscheidungssituation in Betracht gezogen werden und welche nicht. Besteht die 'Erleichterung' der Modellrestriktionen daraus, keine Ordnung der Präferenzen für inferiore Weltzustände zu fordern, muß angegeben werden, wie die irrelevanten Alternativen ex ante aussortiert werden können, ohne Präferenzen über jede einzelne von ihnen – und damit alle – zu fordern.²¹ Festzustellen, daß die Rangfolge zwischen zwei ohnehin inferioren Alternativen keinen Einfluß auf die optimale Wahl hat, resultiert lediglich in einer Ex-post-Beschränkung der zu vergleichenden Fälle – durchaus eine Erleichterung für den Modellkonstrukteur, aber ohne zusätzlichen Erklärungswert.

²⁰ Dieser Vorschlag wird auf Seite 242 dann auch gleich in die Tat umgesetzt, indem bestimmte Alternativen des Gefangenendilemmas auf Grund einer gewissen 'Ganovenehre' für irrelevant erklärt und nicht in den Vergleich der einzelnen Auszahlungen einbezogen werden. Wie genau diese 'Ganovenehre' funktioniert, wird nicht erläutert, dafür ist zu ersehen, daß sich nur auf diese Weise das gewünschte Ergebnis ergibt.

²¹ Eine unvollständige Präferenzordnung ist auch vorstellbar, ohne Alternativen von vornherein auszuschließen, und somit ein optimales, d.h. den Präferenzen entsprechendes, Resultat zu erzielen, beispielsweise, wenn die Wahl als Folge paarweiser ordinaler Vergleiche nach dem K.O.-Prinzip erfolgt. Hier bleibt zumindest die Rangfolge von Alternativen unbestimmt, die nacheinander als inferior gegenüber einer bestimmten Alternative beurteilt werden. Gleichwohl setzt sich mit Sicherheit die beste Alternative durch. Da der Algorithmus allerdings als einen Extremfall wiederum eine vollständige Präferenzordnung birgt (wenn nämlich jede superiore Alternative im nächsten Schritt als inferior verworfen wird), bleibt auch unter dieser konkreten Annahme zu den kognitiven Prozessen das Resultat kontingent – oder zumindest eine empirische Frage.

3. Die traditionelle Perspektive: Begriffsanalyse

Die Klärung von Begriffen kann als eine der Hauptaufgaben der Politischen Theorie gesehen werden – viele Theoretiker betrachten ihre Disziplin als einen der wichtigsten Teile der Praktischen Philosophie. Die neuen Ansätze der *rational choice theory*, die – den Naturwissenschaften nacheifernd – auf formale, mathematische Erklärungsmodelle zurückgreifen und, nachdem sie die Ökonomik der Nachkriegszeit geprägt haben, seit einiger Zeit auch einen festen Platz in der Politikwissenschaft haben, scheinen diese Mühe elegant zu umgehen. Klare Definition der verwendeten Begriffe statt seitenlanger Annäherungen und darauf aufbauend klare, nachvollziehbare Argumentation unter Nutzung der formalen Logik scheinen die mühsame Suche nach sprachlicher Klarheit überflüssig zu machen.

Dies ist keineswegs der Fall. Die Begriffsanalyse wird auch in Zukunft ein elementarer Bestandteil jeder realwissenschaftlichen – und nicht nur politischen – Theorie sein, vor allem, wenn sie praktische Anwendung finden soll. Letztlich ist nämlich jede Argumentationskette nur so gut wie ihr schwächstes Glied und in den Sozialwissenschaften, in denen die meisten Einflußgrößen nicht direkt *gemessen* werden können, werden sowohl Ausgangsbedingungen (Wünsche und Ideen der Menschen, sowie die Wahrnehmung ihrer Umwelt) als auch Ergebnisse in Form von Beschreibungen gesellschaftlicher Funktionsmechanismen oder gar konkreter Handlungsempfehlungen im Medium Sprache formuliert, da die Modelle selbst Teil des allgemeinen gesellschaftlichen Diskurses sind.

Die formale Logik ist somit zwar die elegante Brückenkonstruktion über die trüben und unstillen Wasser von Vorurteilen und Scheinerklärungen, sie muß aber auf soliden begrifflichen Fundamenten ruhen, die meist mitten in den Fluten der Umgangssprache und des *common sense* stehen und die zu finden eine Kunst und eben nicht nur eine Sache eleganter Definitionen ist.

Begriffliche Probleme zeigen sich auch in der Arbeit von Keck. Im folgenden sollen exemplarisch seine Begriffe von 'Politik', 'Werturteil' und 'Präferenzen' untersucht werden. Eine systematische Betrachtung der Probleme, die mit der Verwendung des ambivalenten Ausdrucks 'Rationalität' zusammenhängen, steht am Schluß der Arbeit und kann hoffentlich zur Klärung der in Kapitel zwei aufgeworfenen Fragen beitragen.

3.1. Politik

Der von Weber (1919/1992: 5) entlehnte Politikbegriff, dem zufolge Politik als die Leitung eines Verbandes verstanden werden muß, ist in seiner Anwendbarkeit

auf die Analyse eines Staates bzw. einer anderen festen Organisation beschränkt, hat eine technisch bürokratische Konnotation und ist damit sehr einschränkend für die Analyse rationaler Politik. Glücklicherweise läßt sich Keck diesem Politikbegriff nicht beugen, sondern stellt die Stärken der *rational choice approaches* auch und gerade für die Lösung von Entscheidungsproblemen zwischen gleichberechtigten, *keinem* gemeinsamen (Staats-) Verband angehörenden Akteuren deutlich heraus. Beispielsweise ist hier an die verschiedenen internationalen Regime für die Regelung von Umweltproblemen und Sicherheitsfragen zu denken, auf letzteres geht Keck sogar in einem seiner Beispiele explizit ein. In den beiden genannten Bereichen hat die Anwendung der *rational choice theory* die (internationale) Politikwissenschaft gerade deshalb ein großes Stück weitergebracht, weil sie die Untersuchung von strategischen Interaktionssituationen *außerhalb* eines Staates oder Verbandes zuläßt.

Dieser Analyse angemessener als die Webersche Terminologie ist vielmehr ein weiter, moderner Politikbegriff, wie er beispielsweise von Patzelt (1993:14) formuliert wird: "Politik ist jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung allgemeiner Verbindlichkeiten, v.a. von allgemein verbindlichen Regelungen und Entscheidungen, in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt."

Auch wenn der verwendete Politikbegriff für die weiteren Ausführungen von Keck keine große Rolle spielt, paßt doch diese Definition besser zur Charakterisierung der *rational choice theory*.

3.2. Präferenz und Werturteil

Eine wirkliche Schwierigkeit ergibt sich aus der Gleichsetzung der Begriffe Präferenz und Werturteil beim Versuch, Kognition in die *rational choice theory* zu integrieren. Sicher unbestreitbar ist die Feststellung: »In aller Regel sind Präferenzen kognitionsabhängig« (231), zumal der Autor am Anfang seines Aufsatzes Präferenzen als auf die Menge alternativer Weltzustände bezogen versteht (217) – und diese Menge will erst einmal erkannt werden. Doch mit dem nächsten Satz auf Seite 231 (»Tatsachenurteile als solche können keine Werturteile konstituieren, aber die Veränderung von Tatsachenurteilen kann unmittelbar eine Veränderung von Werturteilen nach sich ziehen.«) wagt sich Keck scheinbar auf das dünne Eis 'wissenschaftlich erklärter' Werturteile.

Dieses Mißverständnis ist einerseits naheliegend, impliziert seine Behauptung doch, daß eine Kommunikation oder individuelle Beobachtung Werturteile – zu-

mindest tendenziell – erklärt, andererseits vollkommen unnötig und mit einer genaueren begrifflichen Unterscheidung ohne weiteres vermeidbar.²²

Die Diskussion von Handlungsalternativen kann wesentlich entwirrt werden, wenn Präferenzen und reine Werturteile klar voneinander abgegrenzt werden – ein Vorteil für viele politische und politologische Debatten: Beruhen verschiedene Handlungspräferenzen auf einer gleichen Wertbasis (z.B. der des Schutzes der natürlichen Umwelt vor Verschmutzung durch Industrieabfälle), so ergeben sich Differenzen wahrscheinlich aus unterschiedlichen Einschätzungen der relevanten Wirkungsmechanismen, d.h. der Kognition. Die erfolgversprechendste Vorgehensweise ist die wissenschaftliche Untersuchung des Problems und die Suche nach einer effizienten technischen oder institutionellen *Lösung*.²³ Werden aber unterschiedliche Werte offensichtlich, ist diese Mühe zwar nicht vergeblich, wird aber bestenfalls zu einer besseren, weil aufgeklärteren Position der verschiedenen Interessengruppen im machtpolitischen Ringen um einen *Kompromiß* führen.

Werden Präferenzen und Werturteile als Synonyme betrachtet, kann jede rationale Argumentation als Manipulation der Entscheidungsfreiheit über individuell verschiedene Konzeptionen von gut und böse, schön und häßlich mißinterpretiert werden. Rationale Politik dürfte dann äußerst schwierig sein, läßt sich doch über Geschmack bekanntlich trefflich streiten.

3.3. Die Rolle der Rationalität

Wie steht es schließlich mit dem verwendeten Begriff von Rationalität? Ausführlich geht Keck auf die formalen Definitionskriterien von Rationalität ein. Er versucht einen "konsequent minimalistischen Ansatz" (Keck: 248) mit einem

²² Die oft diskutierte Frage des Rauchens mag dies verdeutlichen: Die von offizieller Stelle autorisierte Kognition, Rauchen sei schädlich, führt zu einer 'objektiv' begründbaren Präferenz für rauchfreie Luft: Wer lange leben will, sollte es meiden, seine Gesundheit durch – aktives oder passives – Rauchen zu schädigen. Wie zwingend diese Argumentation wirkt, davon kann jeder Raucher, der längere Zeit im Nichtraucherabteil eines überfüllten Zuges oder gar in einem Flugzeug verbringen muß, ein trauriges Lied singen.

Die Argumentation ist zulässig, da es sich hier um einen 'hypothetischen Imperativ' (Kant 1788/1902/10: 20) handelt, der eine Sollensaussage nicht ausschließlich aus Seins-Aussagen ableitet – seit Hume (1739: III,1,1/1992: 455-470) als 'naturalistischer Fehlschluß' bekannt.

Die Frage ist allerdings, welcher Teil der Aussage hier das grundlegende Werturteil darstellt. Der von seinem Verlangen gepeinigter Raucher wird auf taube Ohren stoßen, wenn er versucht, die Ansicht, Rauchen verursache Gesundheitsschäden, als Werturteil zu betrachten. Gute Chancen, seine Wertbasis offenzulegen und mit denen seiner Mitmenschen zu vergleichen, hat er allerdings, wenn er sich – und seiner Umwelt – die Frage stellt, ob die Qualität oder die Quantität der verlebten Jahre die entscheidende Größe ist. Er wird sich wahrscheinlich auf die Seite der Qualität schlagen und keine Präferenz für rauchfreie Luft entwickeln – und zwar trotz gleicher Kognition wegen eines differierenden Werturteils.

Auch für seine Mitreisenden ist diese Unterscheidung durchaus von Belang, müssen sie doch an seine Toleranz gegenüber ihren differierenden Vorstellungen von einem guten Leben appellieren, statt mit ihm über die Schädlichkeit des Rauchens zu diskutieren, die – selbst wenn sie von unserem Raucher eingesehen wird – durchaus keine Änderung seines Verhaltens nach sich ziehen muß.

²³ Keck weist zudem darauf hin, daß »Politik zu einem großen Teil darin [besteht], trotz divergierender kognitiver Annahmen zu Entscheidungen [...] zu kommen.« (233)

möglichst hohen Erklärungsgehalt zu verbinden, ohne mit einer bloßen Tautologie zu operieren, wie dies der *rational choice theory* oft vorgeworfen wird.

Auf letzteres muß hier noch einmal im spezifischen Zusammenhang der Begriffsbildung und -verwendung zurückgekommen werden: Die Gefahr der Tautologie ist aus dieser Perspektive vor allem dann gegeben, wenn eine Definition – meist unmerklich – rekursiv auf sich selbst bezogen wird²⁴ oder wenn ein Terminus in zwei unabhängigen Kontexten verschieden definiert und dann in beiden Bedeutungen in ein und der selben Argumentationskette verwendet wird.

Um Probleme dieser Art zu vermeiden ist es notwendig, die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten des Begriffs Rationalität zu unterscheiden – und zwar auf der methodischen Metaebene der *rational choice theory*. Es geht in diesem ersten, grundlegenden Schritt nicht um eine Klassifizierung verschiedener konkreter Begriffe von Rationalität, sondern um die Klärung der unterschiedlichen *Rollen*, die das Rationalitätspostulat innerhalb realwissenschaftlicher²⁵ Theorien spielen kann. Als eine einfache Testmöglichkeit, die die verschiedenen Aspekte von Rationalität verdeutlicht, soll die Beschreibung ihrer Negation dienen – der Behandlung von Irrationalität innerhalb der Theorie.

3.3.1. Drei Ebenen für Rationalität

Drei methodische Theorieebenen sind zu unterscheiden:

Erstens kann Rationalität als *heuristische Grundannahme* für jeden methodologisch-individualistischen Erklärungsansatz verstanden – also für die Sozialwissenschaften mit Kausalität gleichgesetzt – werden.²⁶ Dies ist der kleinste gemeinsame Nenner – quasi das Fundament – aller *rational choice theories*, wie auch Keck ausführt (215). Als irrational würde aus dieser Perspektive ein menschliches Verhalten zu bezeichnen sein, für dessen Erklärung der entsprechende Kausalzusammenhang von der Wissenschaft (noch) nicht gefunden wurde. Eine Alternative bietet dazu lediglich ein radikal entgegengesetzter Theorieentwurf, der durch die

24 Die berühmten Tautologie in Georg Büchners »Woyzeck«: »Moral ist, wenn man moralisch ist.« erhält ihren tautologischen Charakter nicht, weil sie eine Definition ist, sondern wegen der doppelten, selbstbezüglichen Verwendung ein und des selben Begriffs.

25 Die Unterscheidung zwischen Realwissenschaft und formaler Entscheidungstheorie, die Keck auf den ersten beiden Seiten seiner Arbeit einführt (215f), hilft in diesem Zusammenhang nicht weiter. Die formale Theorie formuliert Axiome, auf denen eine deduktive, nicht empirisch zu überprüfende Theorie aufsetzt. Eine Realwissenschaft hingegen trifft grundlegende Annahmen über ihren Gegenstandsbereich, die empirisch verifiziert oder falsifiziert werden können. Ansonsten kann die Theorie gänzlich gleich aufgebaut sein – das bedeutet auch, daß mindestens die ersten beiden Ebenen, auf denen Rationalität eine Rolle spielen kann, auch im Falle einer formalen Theorie zu unterscheiden sind.

26 Kausalität aber gehört – um bei der Kantschen Terminologie zu bleiben – zu den kosmologischen, d.h. auf die Welt bezogenen Ideen, die von der Vernunft a-priori zur Ordnung der Sinnenwelt angenommen werden, in dieser aber keine Entsprechung haben, sondern ihnen als metatheoretische Prinzipien gegenüberstehen und somit weder bewiesen noch widerlegt werden können. (Kant 1783/1902/10: 338-348)

Annahme von Kontingenz, wie sie etwa in der Systemtheorie Luhmannscher Prägung (Luhmann 1984 und 1998) zu finden ist, Kausalität als Basis der Theorie verwirft, sich auf Beschreibung beschränkt – und damit auf Erklärungs- und vor allem genaue Prognosefähigkeit weitestgehend verzichtet.

Zweitens kann das Rationalitätspostulat als *konkrete Verhaltensannahme* formuliert sein: Es wird nicht nur angenommen, für ein bestimmtes Handeln müsse es irgendwelche Gründe geben, die es wissenschaftlich noch zu bestimmen gelte. Vielmehr wird ein bestimmter, genau beschriebener Grund – oder zumindest eine Kategorie von Gründen – als Ursache einer zu erklärenden Handlung unterstellt. Auf dieser Ebene bewegen sich beispielsweise die Webersche Unterscheidung in Zweck- und Wertrationalität, oder auch die verschiedenen Konzepte des 'rationalen Maximierens' eines auf unterschiedliche Weise zu operationalisierenden Nutzens in der Ökonomik. Irrationalität wird in diesem Zusammenhang als Verstoß gegen die angenommene (antropologische) Konstante verstanden – wie zum Beispiel die Zufriedenheit mit einem suboptimalen Güterbündel, das unter den gegebenen Umständen nicht den maximal möglichen Nutzen realisiert. Die Erklärungskraft einer Theorie beschränkt sich auf die Fälle, die mit der von ihr beschriebenen konkreten Rationalität in Einklang stehen.²⁷

Drittens bezeichnet Rationalität aber auch ein *normatives bzw. präskriptives Ziel* menschlicher Handlungen und ist – mit 'Vernunft' als Synonym – positiv korreliert: Vernunft ist seit der Aufklärung eines der unstrittigsten positiven Werte in Hinblick auf menschliches Verhalten.²⁸ Dieser Rationalitätsbegriff des überlegten, freien, selbstbeherrschten Entscheidens ist eng verbunden mit anderen normativen

27 Natürlich ist es möglich – wie auch von Green/Shapiro festgestellt – einen speziellen Ansatz für universell gültig, aber nur einen von mehreren handlungsbegründenden Effekten erklärend anzusehen. Dann ist allerdings genau anzugeben, unter welchen Bedingungen dieser Effekt auftritt und wie er mit den anderen unterstellten Effekten wechselwirkt. Auf jeden Fall müssen für eine empirische Überprüfbarkeit die Voraussetzungen und Grenzen des jeweiligen Rationalitätspostulats a priori festgelegt werden.

28 Schon an dieser Stelle wird deutlich, wie schnell scheinbar unüberwindliche Widersprüche zwischen den drei unterschiedenen Rationalitätspostulaten auftauchen, wenn vergessen wird, daß es sich um eine methodologische Unterscheidung inkommensurabler Funktionen, nicht um eine inhaltliche Differenzierung alternativer Konzepte handelt oder gar um Bestandteile eines einzigen speziellen Rationalitätsbegriffes: Wird das forschungspraktische Postulat der ersten Ebene als antropologische Annahme fehlinterpretiert, stellt sie gerade das Gegenteil dessen dar, was den Kern der Aufklärung – nämlich die Befreiung des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit – ausmacht. Wenn alle menschlichen Entscheidungen einen von außen bestimmten (und bestimmbareren) Grund hätten, wenn die Individuen also vollständig determiniert wären, verlöre Vernunft natürlich ihre positive Konnotation, da ganz einfach jede Alternative zu ihr fehlte. Der Begriff der rationalen Wahlhandlung würde zu einer *contradictio in adjecto*. Dies gilt natürlich auch, sollte das Konzept des vollständig informierten Nutzenmaximierers der Ökonomik universalisiert werden. Aufklärung – der Appell an Vernunft und Einsicht – wäre dann als nutzlose Romantik in einer Welt unveränderbarer, quasi autonom entscheidender Automaten abzutun. Kant versucht, diesen Widerspruch zwischen Kausalität und individueller Freiheit aufzulösen, indem er den Menschen, insofern er sich seiner selbst als eines Dinges an sich bewußt ist, nicht dem Kausalgesetz unterworfen sieht. (Kant 1785/1902/10: 446-449)

Prinzipien wie der eines gewaltfreien Politik oder eines machtfreien Diskurses. Irrational ist in dieser Hinsicht eine Entscheidung, die nach erfolgter Reflexion anders getroffen würde – sei es aus zweckrationalen oder moralischen Erwägungen oder durch einen neuen, freieren Entscheidungsprozeß.

Die fehlende Unterscheidung der drei theoretischen Ebenen, auf denen Rationalität eine jeweils besondere Rolle spielen kann, läßt die Teilnehmer an Diskussion um *rational choice* oft höchst unfruchtbar aneinander vorbeireden. Auch der Aufsatz von Keck beantwortet die Frage nicht explizit, auf welcher theoretischen Ebene seine Begriffe von praktischer und kognitiver Rationalität angesiedelt sind.

Was aber bedeutet die soeben eingeführte Unterscheidung bezogen auf seine Frage nach rationaler Politik?

3.3.2. Die Möglichkeit rationaler Politik

Auf der ersten Ebene, auf der Rationalität als methodologische Grundannahme fungiert, stellt sich die Frage nicht, ob eine rationale Politik möglich ist, da jede Politik unter diesem Blickwinkel der *rational choice theory* als rational im Sinne von grundhaft angenommen werden muß.

Auf der Ebene einer speziellen, konkreten Rationalität von Politik kommen all die Fragen in den Blick, die traditionell im Rahmen des *rational choice approach* diskutiert werden: Auf wessen Werte soll sich wertrationale, auf wessen Ziele zweckrationale Politik beziehen? Welche Nutzenfunktion ist bei einer Politik der gesellschaftlichen Wohstandsoptimierung zugrunde zu legen, wie sollen die individuellen Vorstellungen aggregiert werden, wie Widersprüche aufgelöst etc.?

Die Frage nach der Möglichkeit rationaler Politik konkretisiert sich auf dieser Ebene erstens zum rein positiven Erkenntnisproblem, welche Rationalität nun tatsächlich im politischen System und seinen Subsystemen vorherrscht. Zweitens kann nach den Möglichkeiten einer Politik geforscht werden, die einer bestimmten Rationalität verpflichtet ist. Eine Notwendigkeit, nach praktischen Möglichkeiten zu suchen, die Logik einer bestimmten Rationalität besser in der Praxis umzusetzen, oder gar normative Forderungen lassen sich hier nicht ableiten.

Nur wenn Rationalität selbst als positiver Wert und eigenständiges Ziel betrachtet wird, kann sie für die Politik zum regulativen Prinzip werden. Wird diese dritte Ebene des Rationalitätsbegriffs betreten, kann allerdings bei der Evaluation der Rationalität nur ein Prinzip angewendet werden, das lediglich die Sicherung eines fairen Verfahrens zum Ziel hat, wie es z.B. Habermas mit seinem Prinzip des machtfreien Diskurses idealtypisch (z.B. 1992: 223-225) und unter der Bezeichnung 'deliberative Demokratie' (1992: 349-398) als Leitbild für die Politik be-

schreibt. Apel bezeichnet es (1990: 270-276)²⁹ als Diskursethik. Es ist ergebnisoffenen und keiner bestimmte, konkrete Rationalitätsannahme verpflichtet.

Wichtig ist, daß es sich bei den traditionell im Rahmen der *rational choice theory* diskutierten Problemen um größtenteils völlig unabhängige Fragestellungen auf der zweiten Begriffsebene handelt. Die dritte, normative Ebene stellt *keine* integrative Metaebene für diese verschiedenen Fragen dar. Sie können nicht ohne weiteres in einem Modell zusammengefaßt werden – zumindest solange nicht klar ist, welche Rationalität unter welchen Bedingungen die Oberhand gewinnt, beziehungsweise wie sich die unterschiedlichen Effekte zu einer Gesamtentscheidung integrieren lassen.

3.3.3. Probleme bei fehlender begrifflicher Unterscheidung

Wird versucht, die Logik einer *konkreten* Rationalität in der Logik einer anderen aufzulösen, kann es passieren, daß die Unterscheidungsfähigkeit der Begriffe und damit die Spezifika der zu integrierenden Rationalität verlorengeht – wie bei Kecks Vorschlag zur Erweiterung der *rational choice theory* um »moralische Präferenzen« geschehen. Ebenso schwere Fehler resultieren bei fehlender Unterscheidung der verschiedenen Rollen des Rationalitätsbegriffes.

Wie in Kapitel 1.2 erwähnt, hat jeder auf einen bestimmten Ansatz spezialisierte Forscher einen Anreiz, 'sein' Paradigma zu verteidigen. Welche Möglichkeiten und Motivation sich ihm durch die verschiedenen Facetten des Begriffes Rationalität für die – von Green und Shapiro ausführlich beschriebenen – 'pathologischen' Fehler bieten, soll hier noch einmal idealtypisch dargestellt werden.³⁰

29 Apel macht in seinem Artikel »Diskursethik als Verantwortungsethik und das Problem der ökonomischen Rationalität« (1990) ebenfalls auf das Erfordernis begrifflicher Trennung aufmerksam: Er unterscheidet erstens in Bezug auf die Begründung von Normen zwischen einem (letztbegründbaren) formal-prozeduralen ethischen Prinzip und der Ebene konkreter inhaltlicher Diskurse (271-274). Weiterhin weist er auf »die Gleichsetzung der auf Nutzenmaximierung bezogenen Mittel-Zweck-Rationalität mit der Handlungsrationaltät überhaupt im britischen Utilitarismus« hin (277). Lediglich die konkrete Ebene unterscheidet sich von der hier vorgeschlagenen Unterscheidung. Apel geht es nicht um die Erkenntnis konkreter Verhaltensweise, sondern um die Begründung konkreter Normen.

30 Ein einfaches Beispiel mag die Argumentation parallel dazu noch einmal verdeutlichen:

Die ökonomische Gleichgewichtstheorie sagt für den (unregulierten) Arbeitsmarkt unter der konkreten Rationalitätsannahme der individuellen Maximierung monetären Einkommens gleiche Entlohnung für Arbeitskräfte mit gleichen Qualifikationen voraus. In einer Sekundäranalyse empirischer Daten stellt Withers jedoch fest, daß australische Künstler rund 42% (sic!) weniger verdienen als Menschen mit vergleichbaren persönlichen Eigenschaften in anderen Wirtschaftsbereichen (1985: 292) – die konkrete Rationalitätsannahme (Ebene 2) trifft auf die Produzenten von Kunst offensichtlich so nicht zu.

Mit der für dieses Phänomen geläufigen Umschreibung als »The Artists' Subsidy of the Arts« gibt sich der Autor aber nicht zufrieden. Withers sucht nun im nächsten Schritt nach Gründen für die Entscheidung der Künstler (»Why should this forgone income of artists be so large?« 293) – Rationalität im Sinne grundhaften Handelns (Ebene 1) muß immer unterstellt werden. Er fragt dabei weder, ob wegen vermachteter, inflexibler Arbeitsmärkte die Anwendungsbedingungen der Theorie nicht erfüllt sind, noch untersucht er alternative Rationalitätsannahmen, die bei der Berufswahl eine Rolle spielen könnten. Vielmehr erscheint es ihm notwendig, ein Art 'intrinsischer Entlohnung', einen »net taste for the artistic life« in seine Entscheidungsungleichung aufzunehmen und den Einkommensbegriff damit so weit auszudehnen, daß er von anderen Einflußfak-

Auf der Grundlage der oben eingeführten begrifflichen Ebenen wird jetzt eine Antwort auf die Frage nach den speziellen Eigenschaften des *rational choice approach* angeboten – eine mögliche Erklärung des hervorragenden Zusammenspiels von Flexibilität der Begriffe und Rigidität der Konzeption:

Ausgehend von einer konkreten Rationalitätsannahme (Ebene 2) werden bestimmte Wahlhandlungen prognostiziert. In der Regel stimmen die Prognosen mit den Beobachtungen nicht vollständig überein, einzelne Entscheidungen erscheinen *irrational* – irrational hinsichtlich *einer* von vielen möglichen *konkreten* Rationalitätsannahmen. Wird diese Irrationalität mit der Gegenthese zu grundhaftem Handeln (Ebene 1) verwechselt, kann sie von einem Forscher, der nach Erklärungen sucht, nicht akzeptiert werden.

Er versucht deshalb, die abweichenden empirischen Befunde mit verschiedenen Mitteln nachträglich zu rationalisieren – die *Motivation* für die Versuche zur 'Rettung' der Theorien findet sich also im Rationalitätsbegriff auf Ebene 1.³¹ Der tautologische Kern der *rational choice theory* gibt ihm dazu die *Möglichkeit*: Die konkreten Annahmen zu den Handlungsmotiven der Individuen sind in der Regel nicht beobachtbar (Nutzenfunktionen ebensowenig wie individuelle Werte oder Emotionen). Wenn sich darüber hinaus noch nahezu alle Handlungsmotivationen in ihrem Sinne beschreiben lassen, kann von jedem empirischen Ergebnis auf eine bestimmte Präferenz 'geschlossen' werden, die dann wiederum als Handlungsmotiv unterstellt wird. Diese grenzenlose 'Flexibilität' bietet vor allem der Nutzenbe-

toren nicht zu unterscheiden und auch nicht mehr zu falsifizieren ist. Die konkrete Verhaltensannahme (Ebene 2) ist damit tautologisiert, Ebene 1 und 2 gleichgesetzt.

Diese Anpassung der Theorie an die empirischen Ergebnisse wird teuer erkaufte: Die anfängliche Fragestellung verschwindet, da auch für alle anderen Berufe eine positive oder negative monetäre Bewertung der Tätigkeit selbst unterstellt werden muß und somit keine gesicherte Vergleichsgrundlage für das Durchschnittseinkommen von Künstlern mehr besteht.

Wie beliebig dieser unnötige begriffliche Unterscheidungsverlust ist, zeigt Withers selbst, als er ein anderes beliebtes Argument ins Spiel bringt: Die Risikoneigung der Handelnden: Während in anderen Zusammenhängen in der Regel allerdings von Risikoaversion oder Risikoneutralität ausgegangen wird, nimmt Withers an, Künstler seien risikoliegend. Der einzige ersichtliche Grund dafür ist, die Gültigkeit der Einkommensmaximierungshypothese zu sichern – zuvor wurden aber explizit vergleichbare persönliche Eigenschaften von Künstlern und Nichtkünstlern angenommen, um die erzielbaren Einkommen überhaupt aneinander messen zu können.

Beide Vorschläge, die festgestellte Diskrepanz zwischen Prognose eines rational choice approach und empirischen Beobachtungen zu erklären, führen also zu einer Ergänzung des Erklärungsansatzes um weder empirisch beobachtbare noch systematisch erklärte Einflußgrößen und damit zu einer Aushöhlung des begrifflichen Fundaments des Modells.

31 Wichtig ist, daß diese Motivation selbst – die Suche nach Gründen für menschliches Handeln – natürlich keineswegs problematisch ist. Neugier und hartnäckiges Interesse ist vielmehr die Grundlage jeder produktiven Wissenschaft. Das Problem ergibt sich vielmehr aus der Verwechslung der beiden begrifflichen Ebenen. Selbst die festgestellte Irrationalität in Bezug auf eine konkrete Rationalitätsannahme kann produktiv genutzt werden. Wird festgestellt, daß eine bestimmte Logik einen konkreten Fall nicht erklären kann, ist natürlich nicht jede weitere Frage nach zusätzlichen Einflußfaktoren ausgeschlossen. Die Suche nach Erklärungen der festgestellten Paradoxie darf allerdings nicht zu einer Überdehnung der ursprünglichen Begriffe führen; sie

griff des *homo oeconomicus*.³² Auf der Ebene der konkreten Rationalitätsannahmen wird somit versucht, die Allgemeingültigkeit der Rationalität der ersten Ebene zu erreichen – im Zusammenspiel mit der flexiblen (Re-)Interpretation der Kernbegriffe die Voraussetzung dafür, daß das anfänglich konkrete Konzept am Ende all seine Konkretheit verliert und unterscheidungslos jede Entscheidung plausibilisieren, aber – aus genau dem selben Grund – keine mehr erklären kann.

Zusätzliche Rechtfertigung für eine 'Rettung der Theorie' in diesem Sinne ergibt sich aus dem aufklärerischen Betreiben, alle menschlichen Handlungen 'vernünftig' zu erklären (Ebene 3) – wohl auch, um sie für die mit Aufklärung immer eng verbundene Erziehungsabsicht zugänglich zu machen.³³ Allerdings wird auch diese Absicht eher vereitelt als gefördert, wenn wegen fehlender Trennschäfte der verwendeten Begriffe der richtige Ansatzpunkt für eine (sozial-) reformerische Politik nicht mehr auszumachen ist.

erfordert vielmehr die Einführung neuer, wiederum genau abgegrenzter Begriffe und die Anstrengung nach Isolation der aufgetretenen zusätzlichen Effekte und ihre generelle Beschreibung.

Für das in Fußnote 30 dargestellte Beispiel wäre eine adäquate Vorgehensweise, zunächst erst einmal zu konstatieren, daß die Entscheidung, den Beruf des Künstlers auszuüben, scheinbar nicht nur nach monetären Gesichtspunkten getroffen wird. Die Annahme der Einkommensmaximierung hat hier also nur begrenzten Erklärungswert. Anschließend kann dann über einen weiteren Effekt spekuliert werden, der dann auch nicht als 'intrinsische Entlohnung' in die Einkommenshypothese assimiliert werden muß, sondern einfach Freude an der Arbeit oder Prestige des Berufes heißen könnte. In eine Theorie mit empirischem Erklärungsanspruch darf dieser Effekt aber erst integriert werden, wenn er systematisiert, auf beobachtbare Indikatoren oder den Einfluß bestimmbarer Größen zurückgeführt und damit selbst empirisch testbar ist.

³² Werte beispielsweise sind, wenn sie als gesellschaftlich Definitionen verstanden werden, die das Individuum annehmen oder ablehnen kann, auf eine endliche Anzahl beschränkt und damit weniger flexibel.

³³ Hier soll nicht behauptet werden, auf vernünftige Reflexion zurückführbares Verhalten ließe sich besser beeinflussen als teilweise unterbewußte Gefühle (die Werbung tritt jeden Tag neu den Gegenbeweis an). Aber im Gegensatz zur Überzeugung durch die besseren, vernünftigeren Argumente ist die Beeinflussung von Gefühlen allgemein – als Manipulation – negativ konnotiert.

4. Die Möglichkeit rationaler Theorie: Zusammenfassung

Im letzten Kapitel wurde auf der Basis einer kritischen Begriffsanalyse eine Erklärung dafür angeboten, daß gerade bei der *rational choice theory* die Wahrscheinlichkeit hoch ist, daß die von Green und Shapiro bei zahlreichen empirischen Arbeiten festgestellten '*pathologies*' auftreten, die sich – wie im zweiten Kapitel gezeigt – teilweise auch in der Arbeit von Keck wiederfinden.

Die Frage, die sich unmittelbar anschließt und zu deren Beantwortung abschließend noch ein Vorschlag gemacht werden soll, zielt auf eine rationale *Theorie* im Sinne der positiv konnotierten Begriffsebene des Rationalitätsbegriff. Welche Schlüsse sind aus der oben angeführten Kritik für eine 'vernünftige' Weiterentwicklung des *rational choice approach* zu ziehen ?

Die Forderungen von Green und Shapiro sind in vollem Umfang zu unterstützen, vor allem nach Lösung von der Befangenheit in traditionellen theoretischen Ansätzen und nach Orientierung der Modelle an realen Problemen, sowie nach empirischer Testbarkeit ihrer Prognosen wie auch ihrer Anwendungsbedingungen.

Darüber hinaus ist aber auch eine genaue Sprache nötig, die sich bemüht, ihre Unterscheidungen zu schärfen statt durch beliebige Erweiterungen der Konzepte zu verwischen; die versucht, die im öffentlichen Diskurs beschriebenen Probleme mit ihrem Begriffsapparat genau wiederzugeben *bevor* sie mit den Methoden der Theorie untersucht werden statt die zu klärenden Fragen so umzuformulieren, daß die vorhandenen theoretischen Konzepte umstandslos übertragen werden können.

Insgesamt erscheint es besser, eine nur beschränkte Erklärungskraft zu akzeptieren statt sich der Illusion von Scheinerklärungen hinzugeben, da nur auf diese Weise klar ist, wo noch Probleme und Paradoxa liegen, die es im Rahmen des *rational choice approach* – aber möglicherweise verschiedener konkreter Rationalitätskonzepte – weiter zu erforschen gilt. Nur so besteht eine Motivation, mit der Zeit weitere stabile Einflußfaktoren zu isolieren, empirisch nachzuweisen, zu beschreiben bzw. zu erklären und dann in ein Gesamtkonzept zu integrieren.

Ehrlich verwendet sind rigide Annahmen also ein *Vorteil* der *rational choice theory*: Sie führen zu Widersprüchen, stellen uns vor immer neue Rätsel und geben Anlaß zu Reflexion, Spekulation, empirischer Überprüfung und führen so von Zeit zu Zeit sogar zu neuen Erkenntnissen.

Literaturverzeichnis

- Apel, Karl-Otto* 1990: Diskursethik als Verantwortungsethik und das Problem der ökonomischen Rationalität, in: *Apel, Karl-Otto*: Diskurs und Verantwortung: Das Problem des Übergangs zur postkonventionellen Moral; Frankfurt am Main: Suhrkamp, 270-305. (stw 893)
- Bernauer, Thomas* 1995: Theorie der Klub-Güter und Osterweiterung der NATO [The Theory of Club Goods and the Enlargement of NATO Towards Eastern Europe], in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, vol. 2 (1), 79-105.
- Green, Donald P./Shapiro, Ian* 1994: *Pathologies of Rational Choice Theory: A Critique of Applications in Political Science*; News Haven, London: Yale University Press.
- Habermas, Jürgen* 1995: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, 5. Aufl. (Unveränderter Nachdruck der 4., durchgesehenen und um Nachwort und Literaturverzeichnis erweiterten Auflage 1994); Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hösli, Madeleine O.* forthcoming: Power, Connected Coalitions and Efficiency: Challenges to the Council of the European Union, in: *International Political Science Review*, mimeo.
- Hume, David* 1739/1992: *Treatise of Human Nature*; Buffalo: Prometheus Books. (erste Veröffentlichung 1739)
- Kant, Immanuel* 1783/1902/10: Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können; Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften. (nach der ersten Auflage von 1783)
- Kant, Immanuel* 1785/1902/10: *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*; Berlin: Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften. (nach der ersten Auflage von 1785)
- Kant, Immanuel* 1787/1902/10: *Kritik der reinen Vernunft*; Berlin: Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften. (nach der 'zweiten, hin und wieder verbesserten Auflage' von 1787)
- Kant, Immanuel* 1788/1902/10: *Kritik der praktischen Vernunft*; Berlin: Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften. (nach der ersten Auflage von 1788)
- Keck, Otto* 1999: Die Möglichkeit rationaler Politik, in: *Greven, Michael Th./Schmalz-Bruns, Rainer* (Hrsg.): *Politische Theorie – heute: Ansätze und Perspektiven*; Baden-Baden: Nomos.
- Kern, Lucian/Nida-Rümelin, Julian* 1994: *Logik kollektiver Entscheidung*, München: Oldenbourg.
- Luhmann, Niklas* 1988: *Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie*, 3. Aufl.; Frankfurt am Main: Suhrkamp. (stw 666)
- Luhmann, Niklas* 1998: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, 2 Bände; Frankfurt am Main: Suhrkamp. (stw 1360 und 1361)
- Martin, Lisa L./Simmons, Beth A.* 1998: Theories and Empirical Studies of International Institutions, in: *International Organization*, vol. 54 (4), 729-757.
- Ostrom, Elinor* 1990: *Governing the Commons. The evolution of institutions for collective action*; Cambridge: Cambridge University Press.
- Patzelt, Werner J.* 1993: *Einführung in die Politikwissenschaft: Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*; Passau: Rothe.
- Sprinz, Detlef F.* 1999: Research on the Effectiveness of International Environmental Regimes: A Review of the State of the Art, Paper presented at the 1999 Annual Meeting of the International Studies Association, 16 - 20 February 1999, The Omni Shoreham Hotel, Washington, D.C., International Studies Association, mimeo.
- Weber, Max* 1919/1992: *Politik als Beruf*; Stuttgart: Reclam. (erste Veröffentlichung 1919)
- Withers, Glenn A.* 1985: Artists' Subsidy of the Arts, in: *Australian Economic Papers* 24, vol. 24, 290-295.